

14

Japan und Indien

Toru ITO

Einleitung

Im Jahr 2014 hat Japan seine Beziehungen zu Indien zu einer „besonderen strategischen globalen Partnerschaft“ erhoben. Nach den USA, die Japans einzige Verbündete sind, steht Indien nun neben Australien an zweiter Stelle. Der menschliche Austausch und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind jedoch weit von denen zwischen Japan und den USA oder Japan und Australien entfernt. Denn was die Waren-, Personen- und Geldströme nach Indien anbelangt, so liegt Japan deutlich hinter denen Chinas, Südkoreas und der ASEAN-Länder zurück. Zudem haben die Beziehungen zwischen Japan und Indien trotz zahlreicher Parolen in Wirklichkeit gerade erst begonnen, sich zu entwickeln.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den Werdegang der japanisch-indischen Beziehungen, die trotz der gefühlsmäßigen Nähe zueinander lange Zeit Entfremdung erlebt und erst seit einiger Zeit angefangen haben, ihre strategischen Verbindungen zu verstärken. Anschließend gehe ich auf die aktuelle Situation und die Herausforderungen in der gegenwärtigen Beziehung zwischen diesen beiden Ländern ein.

Lange Zeit der „Entfremdung“

Indien ist seit langem als japanfreundliches Land bekannt. Diese

Wahrnehmungen beruhen auf verschiedenen Erinnerungen, darunter dem Austausch zwischen dem Kunsthistoriker Kakuzo Okakura und dem Universalgelehrten Rabindranath Tagore, dem Einsatz des Unabhängigkeitskämpfers Subhas Chandra Bose an der Seite der japanischen Truppen im Kampf gegen die britische Imperialherrschaft, der Aussage von Richter Pal, der bei den Tokioter Prozessen für die „japanische Unschuld“ plädiert haben soll, dem Verzicht auf Forderungen gegenüber Japan vom ersten, nach der Unabhängigkeit ernannten, Premierminister Indiens Jawaharlal Nehru sowie der Schenkung des kleinen Elefanten „Indira“ an den Ueno-Zoo. Außerdem geriet Indien nicht unter japanische Herrschaft, weil Japan bei der Schlacht um Imphal scheiterte. Dadurch entstanden keine historischen Streitfragen als negatives Erbe zwischen Japan und Indien, so wie es in vielen Ländern in Ost- und Südostasien der Fall ist.

Dennoch haben die japanisch-indischen Beziehungen während des Kalten Krieges eine lange Zeit der Entfremdung durchlebt. Japan hatte Indien während des Kalten Krieges nie als Feind betrachtet. Da aber die indische Regierung unter Premierminister Nehru eine sozialistische Wirtschaftspolitik und eine bündnisfreie Diplomatie entwickelte, und nachdem die Regierung seiner Tochter Indira Gandhi 1971 den „Indo-Sowjetischen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ unterzeichnet hatte, wurde

die Neigung Indiens zur Sowjetunion umso deutlicher. Darüber hinaus übte Indien auf der UN-Generalversammlung sowie auf dem Gipfel der blockfreien Staaten oftmals stellvertretend für die Interessen der Entwicklungsländer im Süden scharfe Kritik an den westlichen Industriestaaten. Für Japan, das sich als westlicher Industriestaat auf seine Allianz mit den USA stützte, war Indien ein „unnahbares“ Land. Es fanden auf beiden Seiten lediglich eine Handvoll Gipfeltreffen statt, und sowohl Handel als auch Investitionen waren begrenzt; so stützten sich diese bilateralen Beziehungen hauptsächlich auf finanzielle Hilfen wie in Yen ausgezahlte Darlehen. Die Strukturen des Kalten Krieges stellten ein Hindernis für die japanisch-indischen Beziehungen dar.

Erst der Zusammenbruch dieser Strukturen markierte den Beginn der Entwicklung dieser Beziehungen. Nachdem die Sowjetunion aufgelöst worden war, hatte Indien den Golfkrieg im Jahr 1991 zum Anlass genommen und entsprechende Schritte zur Liberalisierung seiner Wirtschaft eingeleitet. Mit großem Interesse an ausländischen Investitionen bat die damalige Regierung unter Premierminister Narasimha Rao im Rahmen ihrer „Look East“-Politik um weitere Investitionen vonseiten Japans. Zum damaligen Zeitpunkt konzentrierten sich die japanischen Unternehmen jedoch vor allem auf China, Korea und die ASEAN-Länder. Das Interesse für das gerade erst liberalisierte Indien war daher sehr gering.

Im Jahr 1998 führte Indien Atomwaffentests durch. Daraufhin setzte Japan die neue öffentliche Entwicklungshilfe (engl. *Official Development Assistance*, kurz ODA) aus und verhängte Wirtschaftssanktionen gegen Indien. Infolgedessen gestalteten sich die 1990er Jahre trotz des Endes des Kalten Krieges zu einem „verlorenen Jahrzehnt“ für die japanisch-indischen Beziehungen.

Der Weg zur „besonderen strategischen globalen Partnerschaft“

Es war die Annäherung der USA, des japanischen Bündnispartners, an Indien, die die Tür zu einer neuen Ära der japanisch-indischen Beziehungen öffnete. Mitte der 1990er Jahre begannen die USA, China unter anderem in Bezug auf die Taiwanstraßenkrise als Bedrohung zu betrachten und suchten nach Möglichkeiten zur Kooperation mit Indien in diesem Zusammenhang. Die US-Regierung unter Präsident Clinton verhängte als Reaktion auf die indischen Atomwaffentests von 1998 noch Wirtschaftssanktionen gegen Indien, aber nahm mit der indischen Regierung unter Premierminister Atal Bihari Vajpayee einen strategischen Dialog auf. Das führte dazu, dass Präsident Clinton im März 2000 nach Indien reiste; dies war der erste Besuch eines US-Präsidenten seit 22 Jahren. Als Reaktion darauf flog der japanische Premierminister Yoshiro Mori im Mai desselben Jahres auch nach Indien und erklärte die „globale

Partnerschaft zwischen Japan und Indien“. Dennoch konzentrierten sich die diplomatischen und sicherheitspolitischen Interessen Japans in den frühen 2000er Jahren ausschließlich auf den „Krieg gegen den Terror“, die Reaktion auf den Irak-Krieg sowie das Nordkorea-Problem. Indien erhielt daher nur wenig Aufmerksamkeit.

Dies änderte sich, als die antijapanischen Unruhen im Jahr 2005 in ganz China ausbrachen. Dies führte auch in Japan zu einer starken Wahrnehmung der „chinesischen Bedrohung“. Premierminister Junichiro Koizumi, der Indien kurz nach den Unruhen besucht hatte, vereinbarte mit Premierminister Manmohan Singh, der globalen Partnerschaft eine „strategische Ausrichtung“ zu verleihen, wodurch Japans Annäherung an Indien mit Blick auf China allmählich in Schwung kam. Daraufhin wurde ein System eingerichtet, das einen jährlichen gegenseitigen Besuch der Regierungschefs vorsah; und als Premierminister Singh im Jahr 2006 nach Japan reiste, wurden die japanisch-indischen Beziehungen offiziell zu einer „strategischen Partnerschaft“ erhoben, wodurch beide Länder nun auch in den Regionen zusammenarbeiteten, in denen ihr jeweiliger Einfluss zunahm.

Die erste Regierungszeit von Premierminister Abe, die im Zuge ihrer sogenannten „Wertediplomatie“ einen „Bogen der Freiheit und des Wohlstands“ in Eurasien schaffen wollte, strebte die Bildung eines Rahmens

aus den vier demokratischen Ländern, Japan, den USA, Australien und Indien, an, um Indien zu involvieren. Im Jahr 2007 fanden Verhandlungen durch die hochrangigen Regierungsbeamten der vier Länder sowie gemeinsame Marineübungen statt. China setzte sich aber vehement diesen Aktivitäten entgegen, mit der Begründung, sie hätten offenbar China als Zielscheibe. Letztendlich löste sich dieser quadrilaterale Rahmen von selbst auf, nachdem sowohl sein Befürworter, Premierminister Abe, als auch die konservativen Regierungschefs Bush in den USA und Howard in Australien abgingen.

Dennoch blieb die Grundtendenz der strategischen Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Indien mit Blick auf China unverändert. In Japan gab es einen Regierungswechsel hin zur Demokratischen Partei, welche die in der Regierungszeit der Liberaldemokratischen Partei unterzeichnete „Gemeinsame Sicherheitserklärung“ vorantrieb und begann, Verhandlungen über Zusammenarbeit zur zivilen Kernenergienutzung mit Indien einzuleiten. Darüber hinaus kam Japan mit Indien überein, die maritime Sicherheitskooperation, einschließlich der Sicherheit und Freiheit der Schifffahrt, aufgrund der zunehmend ernsten Lage um die Senkaku-Inseln – unter anderem durch die Kollision zwischen einem chinesischen Fischerboot und einem japanischen Patrouillenboot bei diesen Inseln im Jahr 2010 – voranzutreiben.

Die zweite Regierungszeit von Premierminister Abe, die im Anschluss die Macht von der Demokratischen Partei zurückgewann, zielte nicht nur auf Fortschritte in den bilateralen Beziehungen, sondern bemühte sich ebenso um eine Wiederbelebung des gescheiterten quadrilateralen Rahmens. Insbesondere der im Jahr 2014 ernannte indische Premierminister Narendra Modi und Premierminister Abe verstanden sich hervorragend, da sie beide Nationalisten waren und beide auch als Wirtschaftsreformer galten. Als Premierminister Modi nach seinem Amtsantritt als erstes Besuchsziel außerhalb von Südasien Japan wählte, empfing Premierminister Abe ihn mit einer ganztägigen Besichtigungstour durch Kyoto. Premierminister Modis Zustimmung dazu, die japanisch-indischen Beziehungen zu der „besonderen“ strategischen Partnerschaft nach dem Vorbild der japanisch-australischen Beziehungen zu erheben, wurde auch als Anerkennung der „Security Diamond“-Initiative zwischen Japan, den USA, Australien und Indien betrachtet, die von Premierminister Abe vorangetrieben wurde. So fanden im Jahr 2017 zum ersten Mal nach zehn Jahren im quadrilateralen Rahmen Verhandlungen statt, und ab 2020 wurde die sogenannte „Malabar-Marineübung“ von allen vier Ländern durchgeführt; 2021 etablierte sich das Gipfeltreffen dieser Länder zum „Quadrilateralen Sicherheitsdialog“ (QUAD).

Im Rahmen der bilateralen Beziehungen führte Indien 2015 das japanische

Shinkansen-System für seine Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Mumbai-Ahmedabad ein. Im darauffolgenden Jahr schloss die japanische Seite das Abkommen zur zivilen Kernenergienutzung mit Indien ab, obwohl es in der japanischen Öffentlichkeit Bedenken über die Atommacht Indien gab, die den Atomwaffensperrvertrag (engl. *Non-Proliferation Treaty*, kurz NPT) nicht unterzeichnete. Die Vertiefung der Beziehungen war auch im Sicherheitsbereich markant. Bislang wurden das Abkommen über den Transfer von Wehrgütern und Technologien, das Informationssicherheitsabkommen und das Abkommen über die gegenseitige Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen (engl. *Acquisition and Cross-Servicing Agreement*, kurz ACSA) unterzeichnet, regelmäßige Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister („2+2“) abgehalten und bilaterale gemeinsame Manöver in allen militärischen Bereichen zu Lande, zu Wasser und in der Luft durchgeführt. So scheint es aus diplomatischer und sicherheitspolitischer Sicht tatsächlich so, als ob Indien gegenüber Japan die Position eines „Quasi-Verbündeten“ übernommen hat.

Verschlechterung der Beziehungen zwischen Indien und China sowie die Erwartungen an Japan

Im Jahr 2020, als sich das Coronavirus ausbreitete, schlossen Länder auf der

ganzen Welt ihre Grenzen. Sowohl der logistische als auch der menschliche Austausch wurde unterbrochen, was sich selbstredend ebenfalls auf die Beziehungen zwischen Japan und Indien auswirkte. Die Einschränkung betraf dabei nicht nur Gipfeltreffen. Die gegenseitigen Besuche wurden auch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf allen Ebenen bis auf Weiteres eingestellt. Im September desselben Jahres kam noch der Rücktritt von Premierminister Abe, der sich für den Ausbau der strategischen Beziehungen zu Indien stark gemacht hatte. Als er im Juli 2022 auf einer Wahlkampftour erschossen wurde, entstand auch Sorge um die Zukunft der japanisch-indischen Beziehungen.

Dies änderte jedoch nichts daran, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern tendenziell stärker wurden. Als wichtiger Faktor hierfür kann angeführt werden, dass die sich verschlechternden Beziehungen zwischen Indien und China auf indischer Seite zu einem Anstieg der Erwartungen an den Westen geführt haben. Bei seinem Amtsantritt hatte Premierminister Modi die Absicht, Handel und Investitionen mit China zu fördern, um die indische Wirtschaft anzukurbeln. Nachdem China jedoch die Mitgliedschaft Indiens in der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (engl. *Nuclear Suppliers Group*, kurz NSG) und die Forderung nach UN-Sanktion gegen Anführer einer terroristischen Organisation in Pakistan blockiert hatte, boykottierte Indien das durch

Staatspräsident Xi Jinping vorangetriebene Konzept der „Neuen Seidenstraße“. Im Jahr 2017 kam es zu militärischen Spannungen zwischen indischen und chinesischen Truppen im Doklam-Hochland bei der Grenze von China und Bhutan. Daraufhin wurde in Indien eine wachsame Haltung gegenüber China immer stärker. Im Jahr 2020 während der Corona-Pandemie ereigneten sich militärische Zusammenstöße zwischen Indien und China im Galwan-Tal in der Region Ladakh, was 20 Todesopfer auf indischer Seite forderte. Dieses Ereignis führte dazu, dass Indien deutlich die Weichen für eine „Desinisierung“ der Wirtschaft stellte, die auch den Boykott chinesischer Produkte einschloss.

Allerdings hat Indien zwar zunehmend Konflikte mit China, doch einer militärischen „Allianz“, sei es mit den USA oder Japan, steht Indien eher ablehnend gegenüber – aus Angst, dies könne seine Autonomie untergraben und dazu noch China provozieren. Und selbst wenn Indien die Zusammenarbeit im Rahmen des QUAD vertiefen würde, so liegen die Interessen der anderen drei QUAD-Staaten, Japan, der USA und Australien, nach der Ansicht Indiens, ausschließlich in den Gewässern des Indopazifiks. Sie können keine direkte Lösung gegenüber Bedrohungen von China anbieten, denen Indien auf dem Festland ausgesetzt ist. Das diplomatische und politische Kalkül, Zugeständnisse zu erzwingen, indem man die Karte der verstärkten Zusammenarbeit mit dem Westen ausspielt, würde gegenüber

China, dessen Selbstvertrauen unter Staatspräsident Xi Jinping immer mehr wächst, nicht mehr zum Erfolg führen.

Aus diesem Grund erwartet Indien vom QUAD, insbesondere von dem in militärischer Hinsicht eingeschränkten japanischen Staat, eine nichtmilitärische Kooperation, die angesichts der Bedenken über China Unterstützung leisten kann. Als erstes möchte Indien als Gegenstück zum chinesischen Konzept der „Neuen Seidenstraße“ eine neue Infrastruktur im Land und außerhalb des Landes aufbauen und die Schuldenproblematik lösen. Der vollständig von China finanzierte Hafen von Hambantota in Sri Lanka, dem direkten Nachbarland Indiens, geriet durch eben diese Finanzierung in die Schuldenfalle, woraufhin der Hafen für 99 Jahre an chinesische Unternehmen übertragen wurde. Vor diesem Hintergrund wächst in Indien die Erwartung, dass Japan seine „hochqualitative Infrastruktur“ durch transparente und rückzahlbare Kredite zur Verfügung stellen wird.

Das Konzept des „Asia-Africa Growth Corridors“ (AAGC), das von Indien und Japan direkt nach dem Boykott der „Neuen Seidenstraße“ vorgestellt wurde, ist ein Ausdruck dieser Erwartung. Die Sachlage zeigt jedoch nicht unbedingt etwas Positives: Nach der sogenannten Wiener Nuklearvereinbarung mit Iran von 2015 errichtete die Regierung unter Premierminister Modi den iranischen Hafen in Tschahbahar, um sich gegen den chinesisch-pakistanischen

Wirtschaftskorridor (engl. *China-Pakistan Economic Corridor*, kurz CPEC) zu behaupten, und bat Japan um Unterstützung beim Bau des „Nord-Süd-Transportkorridors“ (engl. *International North-South Transport Corridor*, kurz INSTC), der Afghanistan, Zentralasien und Russland miteinander verbinden soll. Es wurde gesagt, dass die Regierung unter Premierminister Abe für diese Zusammenarbeit zum damaligen Zeitpunkt positiv eingestellt gewesen war; jedoch kam die japanisch-indische Kooperation zum Stillstand, als die US-Regierung unter Präsident Trump die Nuklearvereinbarung aufhob und erneute Sanktionen gegen den Iran verhängte. Im Jahr 2019 erhielten Japan und Indien den gemeinsamen Zuschlag für die Entwicklung des Colombo Port East Terminals in Sri Lanka, nachdem der dortige chinafreundliche Präsident Mahinda Rajapaksa zurücktrat. Als jedoch sein Bruder, Gotabaya Rajapaksa, an die Macht kam, wurde diese Vereinbarung aufgehoben und das Projekt wurde schließlich in die Hände chinesischer Unternehmen gegeben.

Das bemerkenswerteste aktuelle Infrastrukturprojekt zwischen Japan und Indien soll durch den Ausbau von Straßen in Nordostindien und Bangladesch die Verbindung mit der ASEAN verstärken. Eine vereinfachte Logistik zwischen den ASEAN-Staaten, in denen viele japanische Unternehmen einen Standort haben, und Indien bzw. Bangladesch, wo der Großteil der Bevölkerung jung ist und es ein schnelles

Wirtschaftswachstum gibt, dürfte auch für Japan von großem Nutzen sein. Auch innerhalb Indiens wird der verstärkte Ausbau der Infrastruktur an der Grenze zu China aus dem Blickwinkel der militärischen Mobilisierung als vorteilhaft angesehen. In diesem Sinne sollte es sich um eine echte „Win-Win“-Situation handeln; doch durch den Militärputsch, der im Februar 2021 in Myanmar – dem Brückenkopf zwischen Indien, Bangladesch und der ASEAN – stattgefunden hat, sowie aufgrund des dort anhaltenden Militärregimes, gestaltet sich die Zukunft dieses Projekts ungewiss.

Die zweite Erwartung an Japan liegt in der Zusammenarbeit zum Wiederaufbau von Lieferketten, die von China unabhängig sind. Obwohl Chinas Militäroffensive am Grenzverlauf zwischen Indien und China („Line of Actual Control“) zu einem Anstieg der antichinesischen Stimmung geführt hat und die Regierung unter Premierminister Modi ein „unabhängiges Indien“ propagierte, gingen die Importe aus China nicht etwa zurück, sondern stiegen nur weiter an. Im Frühjahr 2021, als die „zweite Welle“ der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus auftrat, war Indien nach dem Zusammenbruch seines Gesundheitssystems gezwungen, auf Sauerstoffkonzentratoren und Beatmungsgeräte aus chinesischer Produktion zurückzugreifen. Die Smartphones, die der Großteil der indischen Bevölkerung besitzt, werden zwar zunehmend im Inland produziert, aber sie sind letztendlich doch noch auf China

angewiesen, wenn es um Komponenten wie Halbleiter, Displays, Sensoren und seltene Metalle geht.

Dieses Krisengefühl spiegelte sich auch in der Aussage von Premierminister Modi auf dem QUAD-Gipfel in Tokio im Mai 2022 wider, als dieser die Teilnahme Indiens am Indopazifischen Wirtschaftsrahmen (engl: *Indo-Pacific Economic Framework*, kurz IPEF) mit Ausnahme vom Überseehandel ankündigte und erklärte, dass Indien sich insbesondere auf die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten konzentrieren werde. Diese Bemühungen um eine Stärkung der Lieferketten, insbesondere für wichtige und neue Technologien, werden sowohl auf bilateraler Ebene – u. a. zusammen mit Japan oder den USA – als auch im Rahmen des QUAD unentwegt hervorgehoben.

Indiens Reaktion auf den russischen Überfall auf die Ukraine

Der Diskurs über „gemeinsame Werte und Interessen“ war die Prämisse, unter der die westlichen Industriestaaten, einschließlich Japan, ihre strategischen Beziehungen zu Indien gestärkt haben. Das Argument hierfür lautete, dass Indien die gleichen Werte wie der Westen – nämlich Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – vertritt, und somit auch dieselben Interessen wie der Westen verfolgen sollte, um der Bedrohung von Sicherheit

und Ordnung durch den Aufstieg autoritärer Staaten wie China, dessen Werte sich von denen des Westens unterscheiden, entgegenzuwirken. Diese Botschaft lässt sich aus den bisherigen Erklärungen der Regierungschefs, sei es auf bilateraler oder auf QUAD-Ebene, sowie aus den Gipfeldokumenten herauslesen.

Die Reaktion Indiens auf den russischen Überfall auf die Ukraine, der im Februar 2022 begann, stellte diesen Diskurs völlig auf den Kopf. Indien vertrat eine fortlaufend neutrale Position gegenüber Russland und vermied jegliche Verurteilung – sowohl auf bilateraler als auch auf QUAD-, UN- und anderweitiger Ebene. Auch den vom Westen verhängten Wirtschaftssanktionen schlossen sie sich nicht an; stattdessen haben sie damit begonnen, vergünstigtes russisches Öl und Dünger in großen Mengen einzukaufen.

Diese Haltung Indiens erschreckte und enttäuschte umso mehr, da sie inmitten der sich vertiefenden Beziehungen zum Westen erfolgte. Dies bedeutete jedoch auch, dass es diesem nicht klar gewesen war, welch wichtiger Handelspartner Russland seit jeher für Indien war. Wie bereits erwähnt, wird Indien von den USA oder Japan in Bezug auf Sicherheitsbedenken, die auch von seiner „kontinentalen“ Lage herrühren, keine militärische Hilfe angeboten bekommen – unabhängig davon, wie intensiv die indischen Beziehungen zu diesen Ländern auch sein sollten. Außerdem

besteht auch eine Unzufriedenheit darüber, dass die westlichen Industriestaaten keine konkreten Maßnahmen gegen die Verarmung des „Globalen Südens“ im Zusammenhang mit den kriegsbedingt stark gestiegenen Öl- und Lebensmittelpreisen ergriffen haben. Aus all diesen Gründen kann Indien die Beziehungen zu seinem traditionellen Partner, der sich jenseits von China befindet, nicht aufgeben.

Zum Abschluss

So gesehen stimmen die Interessen Indiens und des Westens, einschließlich Japans, aus geopolitischer und wirtschaftlicher Sicht nicht unbedingt überein. Besorgniserregend ist auch das Phänomen des „demokratischen Rückzugs“ Indiens während der Regierung unter Premierminister Modi, insbesondere durch den Druck und die Einschränkungen gegenüber Minderheiten, Medien und Bürgerinitiativen. Infolgedessen lässt sich eine deutliche Abweichung von den westlichen Werten feststellen. Die Zivilgesellschaft, die Medien und die Parlamente in Europa und den USA äußern sich zunehmend kritisch zu dieser Problematik und gelegentlich auch auf Ebene von Regierungschefs und Außenministern werden Bedenken darüber offiziell zum Ausdruck gebracht.

Japan hingegen verhält sich in diesem Zusammenhang völlig gegensätzlich. In seiner Grundsatzrede vor dem Indian Council of World Affairs (ICWA) während

seines Besuchs in Indien im März 2023 lobte Premierminister Kishida Indien als die „größte Demokratie der Welt“ und zeigte Anerkennung dafür, dass die Politik in Indien durch Wahlen und Debatte geführt wird. Dies entspricht den Tatsachen und kann außerdem auch als kluger Schachzug interpretiert werden, da sich Indien dadurch nicht „von oben herab“ behandelt fühlt, wie es mit Europa und den USA der Fall ist. Es ist auch verständlich, dass Japan auf diese Weise versucht, Indien, Anführer des „Globalen Südens“, dazu aufzufordern, für den Aufbau einer „freien und offenen internationalen Ordnung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit“ zusammenzuarbeiten.

Falls dies jedoch bedeutet, vor dem wachsenden Autoritarismus in Indien die Augen zu verschließen, könnte dies für die mittel- und langfristige Strategie Japans zum Problem werden. Indien steht zweifellos kurz davor, zur drittgrößten Wirtschafts- und Militärmacht aufzusteigen. Wenn sich illiberale demokratische Werte in diesem Land durchsetzen und systematisch verankern sollten, wird der „Freie und Offene Indopazifik (FOIP)“ unerreichbar.

In dieser Hinsicht sollte Japan von seiner Stärke als einziges nicht-westliches Mitglied der G7 Gebrauch machen. Japan ist ein Nachbar für Indien in Asien. Japan behandelt seinen Nachbar nicht „von oben herab“, sondern lobt ihn dafür, dass er ein politisches System eingeführt hat, das liberaldemokratisch

ist und auf Wahlen und Debatte beruht. Die Bedeutsamkeit dieser Werte hervorhebend, muss sich Japan, mindestens dafür einsetzen, Indien die Botschaft zu vermitteln, dass „wir zusammen handeln, um diesen Werten gerecht zu werden“. Um das Entstehen eines „zweiten Chinas“ zu verhindern, ist Japan dazu aufgefordert, die Beziehungen mit Indien in nachgefragten Wirtschaftsbereichen weiter zu vertiefen und es so weit wie möglich zum demokratischen Lager heranzuziehen.

Literaturangaben

Takenori Horimoto and Lalima Varma, eds. (2013), *India-Japan Relations in Emerging Asia*, New Delhi: Manohar

Sanjaya Baru ed. (2023), *The Importance of Shinzo Abe: India, Japan and the Indo-Pacific*, New Delhi: HarperCollins

Toru ITO



Toru Ito ist Professor an der Abteilung für internationale Beziehungen und der Graduiertenschule für Sicherheitsstudien der Nationalen Verteidigungsakademie Japans.

Er lehrt seit 2009 an der Nationalen Verteidigungsakademie (NDA), nachdem er zuvor als Forscher an der japanischen Botschaft in Neu-Delhi und als außerordentlicher Professor an der Universität Shimane tätig war. Er ist Experte für Sicherheit und internationale Beziehungen in Südasien, mit einem Schwerpunkt auf der indischen Außenpolitik. Er schloss sein Doktoratsstudium der Politikwissenschaften an der Chuo-Universität in Tokio ab und promovierte später an der Universität Hiroshima. Er hat zahlreiche japanische und englische Bücher und Artikel über die indische Außenpolitik verfasst.